

---

# Inhaltsverzeichnis

<b>Literaturverzeichnis</b> .....	XXIII
<b>Materialien</b> .....	XLV
<b>Abkürzungsverzeichnis</b> .....	XLVII
<b>Einleitung</b> .....	1
<b>TEIL I: FRAGESTELLUNG UND AUFBAU DER UNTERSUCHUNG</b> .....	5
<b>TEIL II: DER FINANZIELLE HINTERGRUND VON WAHLEN UND ABSTIMMUNGEN</b> .....	9
<b>§ 1 Wieviel kosten Wahlen und Abstimmungen?</b> .....	11
1. Vorbereitungshandlungen.....	11
1.1. Lancierung von Initiativen und Ergreifung von Referenden .....	11
1.2. Lancierung einer Kandidatur .....	13
2. Organisation und Durchführung von Wahlen und Abstimmungen .....	14
2.1. Abstimmungen.....	14
a. Eidgenössische Abstimmungen.....	14
b. Kantonale und kommunale Abstimmungen .....	14
2.2. Wahlen .....	15
a. Nationalratswahlen .....	15
b. Kantonale und kommunale Wahlen .....	16
3. Wahlkampf .....	16
3.1. Exkurs: Moderne Wahl- und Abstimmungskampagnen ...	17
a. Gesellschaftlicher Wandel und politischer Prozess ...	17
b. Veränderungen der Medienlandschaft.....	18
c. Bedeutungsverlust bzw. Krise der Parteien? .....	19
d. Charakteristika einer modernen Wahlkampagne.....	20
e. Charakteristika moderner Abstimmungskampagnen..	22
f. Konsequenzen dieser Veränderungen.....	22
3.2. Die Kosten von Wahlkampagnen .....	24
a. Nationalratswahlen .....	24
aa. Ausgaben der nationalen Parteien.....	25
bb. Ausgaben der Kandidatinnen und Kandidaten...	25
cc. Ausgaben von Dritten .....	26

b. Kantonale und kommunale Wahlen .....	26
4. Abstimmungskampf.....	27
4.1. Eidgenössische Urnengänge .....	27
4.2. Kantonale und kommunale Urnengänge.....	29
5. Exkurs: Die Kosten politischer Kampagnen in den Vereinigten Staaten von Amerika .....	30
<b>§ 2 Sind Wahl- und Abstimmungserfolge käuflich?</b> .....	34
1. Vorfrage: Woher kommt das Geld politischer Parteien?.....	36
2. Schweizerische Studien zur Käuflichkeit von Wahlen und Abstimmungen .....	37
2.1. Sind Abstimmungserfolge tatsächlich käuflich?.....	37
2.2. Ein Kartoffelsack als Nationalrat – Sind Wahlsiege käuflich?.....	39
a. Proporzwahlen.....	40
b. Majorzwahlen .....	41
2.3. Fazit .....	41
3. Amerikanische Studien zur Käuflichkeit von Abstimmungen ...	42
4. Schlussfolgerungen.....	50
<b>TEIL III: WAS MUSS UND WAS DARF DER STAAT FÜR WAHLEN UND ABSTIMMUNGEN AUSGEBEN?</b> .....	55
<b>§ 3 Schweizerisches Recht</b> .....	56
1. Der verfassungsrechtliche Rahmen .....	56
1.1. Wahl- und Abstimmungsfreiheit.....	56
1.2. Politische Gleichheit .....	58
1.3. Die Parteienfreiheit .....	60
2. Unzulässige staatliche Ausgaben.....	61
3. Notwendige staatliche Ausgaben.....	62
3.1. Organisation und Durchführung von Wahlen und Abstimmungen.....	63
3.2. Staatliche Aktivitäten im Vorfeld von Wahlen und Abstimmungen.....	64
a. Information der Bürgerinnen und Bürger; Stimmausweise .....	64
b. Druck und Versand von Abstimmungsunterlagen.....	64
3.3. Staatliche Aktivitäten während des Wahl- und Abstimmungskampfes.....	65
a. Staatliche Intervention im Abstimmungskampf.....	65
b. Staatliche Intervention im Wahlkampf.....	69
4. Staatliche Unterstützungen, Hilfeleistungen und Fördermassnahmen .....	69

4.1. Indirekte finanzielle Beteiligung: Staatliche Vergünstigungen, Hilfe- und Unterstützungsleistungen ...	70
a. Druck von Wahl- und Abstimmungsunterlagen .....	71
aa. Übernahme der Druckkosten für Wahlunterlagen bei Nationalratswahlen .....	71
bb. Übernahme der Druckkosten für Wahlunterlagen auf kantonaler und kommunaler Ebene ....	72
b. Versand von Wahlunterlagen .....	75
aa. Versand der Wahlunterlagen bei Nationalratswahlen .....	75
bb. Versand der Wahlunterlagen bei kantonalen und kommunalen Wahlen .....	75
c. Werbefläche für Wahl- und Abstimmungspropaganda .....	78
d. Steuerliche Begünstigung von Zuwendungen an politische Parteien und politische Aktionen .....	79
aa. Abzugsfähigkeit von Spenden an politische Parteien als allgemeiner Abzug vom steuerbaren Einkommen? .....	79
bb. Abzugsfähigkeit von Zuwendungen an politische Parteien als geschäftsmässig begründete Aufwendungen? .....	85
cc. Abzugsfähigkeit von Zuwendungen an politische Aktionen als geschäftsmässig begründete Aufwendungen? .....	86
dd. Steuerliche Behandlung von Mandats- bzw. Parteisteuern/-abgaben .....	88
ee. Bürgerbeitrag .....	90
4.2. Direkte finanzielle Beteiligung der öffentlichen Hand: Rückerstattung von Wahlkampfkosten .....	91
a. Staatliche Beiträge an die Wahlkampfkosten .....	92
aa. Die Regelung des Kantons Genf .....	92
bb. Die Regelung des Kantons Freiburg .....	94
cc. Verfassungsrechtliche Beurteilung .....	96
b. Staatliche Beiträge an die Kosten eines Abstimmungskampfes? .....	99
5. Fazit .....	99
<b>§ 4 Die öffentliche Finanzierung von Wahlkampagnen aus rechtsvergleichender Sicht .....</b>	<b>101</b>
1. Vereinigte Staaten von Amerika .....	101
1.1. Öffentliche Finanzierung von Präsidentschaftskampagnen .....	101

a.	Die partielle Finanzierung der Primärwahlkampagne: Matching Funds.....	103
b.	Beiträge an die Kosten der Nominationskonvente .....	104
c.	Vollständige Finanzierung der Präsidentschaftskampagne.....	105
1.2.	Öffentliche Finanzierung von Wahlkampagnen in den Gliedstaaten .....	107
a.	Vollständige öffentliche Finanzierung: Der Maine Clean Elections Act .....	110
b.	Partielle öffentliche Finanzierung: Matching Funds Modelle – Kentucky und New York City.....	116
c.	Partielle öffentliche Finanzierung: Pauschalbetragsmodelle – Minnesota und Wisconsin .....	119
d.	Subsidiäre partielle öffentliche Finanzierung: Ausgleichszahlungs-Modell – Nebraska .....	121
e.	Exkurs: Die öffentliche Finanzierung von Richterwahlen – Wisconsin und North Carolina.....	122
1.3.	Finanzierungsquelle und Anreize öffentlicher Finanzierung von Wahlkampagnen – Verfassungsrechtliche Aspekte .....	126
a.	Die Verfassungsmässigkeit von Steuer-check-offs und Bussenzuschlägen als Finanzierungsquelle .....	126
b.	Mechanismen zum Schutz öffentlich finanzierter Kandidierender (Triggermechanismen).....	128
c.	Anreize zur Teilnahme an Systemen der öffentlichen Finanzierung von Wahlkampagnen .....	131
2.	Kanada.....	133
2.1.	Rückerstattung von Wahlkampfausgaben.....	134
2.2.	Steuerabzug für Spenden an politische Parteien und Kandidierende .....	134
2.3.	Parteienfinanzierung .....	135
2.4.	Mit der öffentlichen Teilfinanzierung verbundene Auflagen und Pflichten .....	135
3.	Deutschland .....	135
3.1.	Erste Phase: Indirekte staatliche Finanzierung der Parteien .....	136
3.2.	Zweite Phase: Direkte staatliche Parteienfinanzierung durch Zuschüsse zur Förderung der politischen Bildungsarbeit.....	137
3.3.	Das Parteiengesetz von 1967 .....	137
a.	Die Wahlkampfkostenpauschale .....	138
b.	Die Beschränkung der steuerlichen Abzugsfähigkeit.....	139

3.4.	Das Parteiengesetz von 1983 .....	141
3.5.	Von der staatlichen Wahlkampffinanzierung zum Status Quo der eigentlichen Parteienfinanzierung.....	142
a.	Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 9. April 1992.....	142
b.	Staatliche Teilfinanzierung politischer Parteien.....	144
c.	Steuerliche Begünstigung von Parteispenden.....	145
d.	Mit der öffentlichen Teilfinanzierung verbundene Auflagen und Pflichten.....	146
4.	Europäische Union .....	146
4.1.	Anspruchsberechtigung.....	147
4.2.	Höhe der öffentlichen Finanzierung .....	148
4.3.	Mit der öffentlichen Finanzierung verbundene Auflagen und Pflichten.....	148
<b>§ 5</b>	<b>Modelle öffentlicher Finanzierung .....</b>	<b>149</b>
1.	Modell I: Partielle öffentliche Finanzierung.....	149
2.	Modell II: Vollständige öffentliche Finanzierung .....	150
3.	Modell III: Indirekte öffentliche Finanzierung.....	150
4.	Modell IV: Keine öffentliche Finanzierung.....	151
5.	Modell V: Parteienfinanzierung .....	151
<b>TEIL IV: WIE VIEL DÜRFEN PRIVATE IN WAHL- UND ABSTIMMUNGSKAMPAGNEN EINSCHIESSEN? .....</b>		
<b>§ 6</b>	<b>Schweiz.....</b>	<b>154</b>
1.	Der verfassungsrechtliche Rahmen .....	154
1.1.	Die Meinungsfreiheit .....	155
a.	Die Bedeutung der Meinungsfreiheit für politische Akteure.....	156
b.	Die Bedeutung der Meinungsfreiheit für Stimmbürgerinnen und Stimmbürger.....	157
1.2.	Die Vereinigungsfreiheit.....	157
a.	Die Bedeutung der Vereinigungsfreiheit für politische Akteure.....	159
b.	Die Bedeutung der Vereinigungsfreiheit für Stimmbürgerinnen und Stimmbürger .....	159
2.	Was dürfen Private in den politischen Prozess einfließen lassen?.....	160
2.1.	Grundsatz: Keine Einschränkungen.....	160
2.2.	Ausnahmen .....	161
a.	Direkte Einschränkungen I: Beschränkung der Ausgabenhöhe .....	161

aa.	Kanton Tessin .....	162
bb.	Kanton Genf.....	165
b.	Direkte Einschränkungen II: Verbot von Ausgaben durch gewisse Akteure .....	167
aa.	Krankenkassenversicherer .....	167
bb.	AHV-Ausgleichskassen .....	168
cc.	Unternehmen der Grundversorgung.....	169
dd.	Von der öffentlichen Hand unterstützte Nonprofitorganisationen .....	169
c.	Direkte Einschränkungen III: Verbot von bestimmten Ausgaben .....	170
aa.	Verbot politischer Werbung an Radio und Fernsehen.....	170
bb.	Verbot der Bezahlung von Unterschriftensammlerinnen und -sammlern....	173
d.	Direkte Einschränkungen IV: Spendenbeschränkungen und Spendenverbote.....	174
aa.	Verbot von Unternehmensspenden.....	174
bb.	Verbot anonymer Spenden.....	175
e.	Indirekte Einschränkungen: Offenlegungsvorschriften.....	176
aa.	Kanton Genf.....	180
bb.	Kanton Tessin .....	181
cc.	Kanton Basel-Landschaft.....	182
2.3.	Fazit .....	183
<b>§ 7</b>	<b>Vereinigte Staaten von Amerika.....</b>	<b>184</b>
1.	Die Finanzierung von Wahlen und Abstimmungen in den USA: Rechtlicher Kontext.....	186
1.1.	Wahlen und Abstimmungen in den USA.....	186
a.	Wahlen auf Bundesebene .....	186
b.	Das Fehlen von Initiative und Referendum auf Bundesebene.....	189
c.	Initiative und Referendum auf gliedstaatlicher Ebene	191
1.2.	Der verfassungsrechtliche Kontext von Wahlen und Abstimmungen.....	195
a.	Die Redefreiheit.....	196
b.	Die Vereinigungsfreiheit .....	198
c.	Prüfungsmassstab bei Einschränkungen der Rede- und Vereinigungsfreiheit .....	199
d.	Wahlen, Abstimmungen und das First Amendment...	200
1.3.	Die Finanzierung von Wahlen auf Bundesebene: Übersicht.....	201

a.	Beschränkung der Spenden an politische Kampagnen ( <i>hard money</i> ) .....	202
b.	Beschränkung der Spenden an politische Parteien ( <i>soft money</i> ) .....	204
c.	Offenlegungs- und Meldepflichten.....	205
aa.	Meldepflichten .....	205
bb.	Offenlegungspflichten, Identifikationspflichten .....	206
d.	Öffentliche Finanzierung von Präsidentschaftskampagnen.....	206
e.	Weitere Bestimmungen .....	206
aa.	Unabhängige Ausgaben (independent expenditures).....	206
bb.	Electioneering communications (issue advocacy).....	207
cc.	Das “Millionaires’ Amendment” .....	209
dd.	Die Federal Election Commission (FEC) .....	210
ee.	Wahlkampagnen und Internet .....	210
ff.	Durchsetzung der Offenlegungs- und Meldepflichten sowie der Spendenbeschränkungen ....	213
1.4.	Verfassungsrechtlicher Ausgangspunkt: Buckley v. Valeo .....	213
a.	Die FECA-Novelle von 1974 .....	214
b.	Buckley v. Valeo – Übersicht über den Entscheid des Supreme Court .....	214
aa.	Der erste Schritt: Bestimmungen über die Finanzierung von Wahlkampagnen stellen Beschränkungen der Redefreiheit, Bestimmungen über die Offenlegung hingegen Einschränkungen der Vereinigungsfreiheit dar..	215
bb.	Unterschiedliche Eingriffsschwere durch Spenden- und Ausgabenlimiten .....	216
cc.	Die öffentlichen Interessen .....	217
2.	Wie viel dürfen Private im Zusammenhang mit Wahlen ausgeben? .....	219
2.1.	Grundsatz .....	219
2.2.	Spendenbeschränkungen und Spendenverbote .....	219
a.	Wann sind Spendenlimiten zu tief? .....	221
b.	Höhere Spendenlimite bei freiwilliger Beachtung von Ausgabengrenzen?.....	224
c.	Höhere Spendenlimite bei Kampagnen gegen vermögende Kandidierende? .....	225
d.	Spendenlimitierung pro Kalenderjahr .....	226

e.	Spendenverbot für juristische Personen sowie bestimmte natürliche Personen.....	227
f.	Das Verbot von Soft Money-Spenden.....	228
g.	Verbot bzw. Beschränkung von Spenden durch Personen, die ausserhalb des Wahlbezirks bzw. des Gliedstaates wohnen.....	229
h.	Beschränkung der Spenden an Komitees, die unabhängige Ausgaben tätigen.....	230
i.	Beweislast.....	230
2.3.	Ausgabenbeschränkungen und Ausgabenverbote.....	231
a.	Unabhängige Ausgaben (express advocacy) .....	231
b.	Ausgaben aus dem eigenen oder familiären Vermögen .....	233
c.	Beschränkung der Gesamtausgaben einer Wahlkampagne.....	234
d.	Unabhängige Ausgaben von juristischen Personen und Gewerkschaften .....	237
e.	Unabhängige Ausgaben durch gemeinnützige Organisationen.....	238
f.	Freiwillige Ausgabenbeschränkung ohne öffentliche Finanzierung.....	239
2.4.	Offenlegungs- und Meldevorschriften .....	240
a.	Offenlegungs- und Meldepflicht der Parteien .....	241
b.	Schwellenwerte für die Identifikation von Spenderinnen und Spendern .....	242
c.	Verpflichtung zur Meldung unabhängiger Ausgaben durch natürliche Personen und nichtpolitische Gruppierungen.....	243
d.	Offenlegung aller erhaltenen Spenden durch politische Aktionskomitees .....	243
e.	Identifikation der Spender von öffentlich unterstützten Kandidierenden .....	244
f.	Offenlegung, ob Wahlkampfpropaganda von den Kandidierenden autorisiert wurde .....	244
g.	Meldung und Offenlegung der Geldgeber von electioneering communications .....	245
h.	Verfassungsmässigkeit des Verbots anonymer Wahlpropaganda? .....	246
2.5.	Zusammenfassung und Würdigung .....	247
3.	Was dürfen Private im Zusammenhang mit Abstimmungen ausgeben? .....	249
3.1.	Der rechtliche Rahmen der Finanzierung von Abstimmungskampagnen.....	249



a.	Offenlegung von Interessenbindungen .....	250
b.	Offenlegungsvorschriften für Spenden und unabhängige Ausgaben .....	250
c.	Offenlegungsvorschriften bei Unterschriftensammlungen.....	250
aa.	Regelungen über die Bezahlung von Unterschriftensammlern.....	251
bb.	Offenlegung, ob Unterschriftensammler bezahlt werden .....	251
d.	Offenlegungsvorschriften betreffend Abstimmungspropaganda.....	251
3.2.	Die verfassungsrechtlichen Aspekte der Finanzierung von Abstimmungskampagnen.....	252
a.	Grundsatz.....	252
b.	Spenden- und Ausgabenbeschränkungen .....	253
aa.	Spenden und unabhängige Ausgaben von juristischen Personen, insbesondere Unternehmen.....	253
bb.	Spendenbegrenzungen .....	257
cc.	Ausgabenbegrenzungen .....	258
c.	Offenlegungsvorschriften .....	258
d.	Einschränkungen für die Unterschriftensammlung ....	259
aa.	Bezahlung von Unterschriftensammlerinnen und -sammlern .....	259
bb.	Offenlegung, ob bezahlte Unterschriftensammler beigezogen werden.....	262
cc.	Anonymität von Unterschriftensammlerinnen und -sammlern .....	264
e.	Weitere Fragen .....	264
aa.	Geldzuweisung im Initiativtext als Gegenleistung für finanzielle Unterstützung bei der Lancierung einer Vorlage .....	264
bb.	Anonymität von Verfassern und Verteilern von Flugblättern etc. ....	266
f.	Zusammenfassung .....	267
4.	Schlussbemerkung: Das Korruptionsdilemma.....	268
<b>§ 8</b>	<b>Weitere Staaten: Kanada und Deutschland.....</b>	<b>271</b>
1.	Kanada.....	271
1.1.	Die Regelung des Election Expenses Act 1974 .....	271
a.	Ausgabenbeschränkungen .....	272
b.	Offenlegungsvorschriften .....	272
c.	Öffentliche Finanzierung.....	273

d.	Kostenlose Werbezeit an Radio und Fernsehen .....	273
1.2.	Die Regelungen der Bill C-24 (2003) und der Bill C-2 (2006).....	273
a.	Spendenbeschränkungen .....	275
b.	Spendenverbote .....	275
c.	Offenlegungsvorschriften .....	275
d.	Öffentliche Finanzierung.....	275
1.3.	Ausgaben durch Dritte (third party spending) – Einschränkbar oder nicht?.....	276
a.	Die verfassungsrechtlichen Garantien der Canadian Charter of Rights and Freedoms.....	276
b.	Die Regelung unabhängiger Ausgaben von 1983 und das Urteil National Citizens' Coalition Inc. v. Canada.....	277
c.	Die Regelung unabhängiger Ausgaben 1989 und das Urteil Canada v. Somerville.....	278
d.	Der Entscheid Libman v. Quebec des Supreme Court (1997).....	279
e.	Die Regelung unabhängiger Ausgaben 2000 und das Urteil Canada v. Harper.....	281
1.4.	Fazit: Egalitär-liberales Verständnis des demokratischen Prozesses in Kanada.....	284
2.	Deutschland.....	284
2.1.	Transparenzgebot und Rechenschaftspflicht.....	285
2.2.	Die gesetzliche Ausgestaltung der Rechenschaftspflicht..	286
a.	Publizitätsgrenze und Höhe der Publizitätsgrenze .....	286
b.	Einschränkungen bei der Annahme von Spenden .....	287
c.	Strafbestimmungen.....	288
d.	Rechenschaftspflicht für Abgeordnete .....	289
2.3.	Transparenzgebot und Grundrechte der Spenderinnen und Spender .....	289
<b>§ 9</b>	<b>Völkerrechtliche Ebene .....</b>	<b>291</b>
1.	Das Recht auf freie und faire Wahlen.....	291
2.	Menschenrechtsorgane und die Frage der Finanzierung politischer Kampagnen .....	294
2.1.	Der UNO Menschenrechtsausschuss .....	295
2.2.	Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte .....	296
2.3.	Die Inter-Amerikanischen Menschenrechtsorgane .....	300
3.	Internationale Organisationen und die Frage der Finanzierung politischer Kampagnen .....	302
3.1.	Europarat.....	302

3.2. Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) .....	305
a. Die Leitgedanken zur Finanzierung politischer Kampagnen.....	305
b. Die Regelungen im Zusammenhang mit den Wahlen im Kosovo .....	306
3.3. Europäische Union.....	307
3.4. Organisation Amerikanischer Staaten.....	308
4. Die Bekämpfung der Korruption auf völkerrechtlicher Ebene...	309
<b>§ 10 Die Modelle privater Finanzierung politischer Kampagnen.....</b>	<b>314</b>
1. Modell I: Laissez-Faire.....	314
2. Modell II: Transparenz.....	315
3. Modell III: Spenden- und Ausgabenbeschränkungen.....	316
4. Modell IV: Keine private Finanzierung.....	316
5. Weitere Modelle? .....	317
 <b>TEIL V: WIE VIEL SOLLTEN PRIVATE AUSGEBEN DÜRFEN? .....</b>	 <b>319</b>
<b>§ 11 Die Reformdebatte in den Vereinigten Staaten von Amerika.....</b>	<b>321</b>
1. Eine unendliche Debatte – und ihre tiefer liegenden Gründe.....	323
2. «Congress shall make no law ...» und die Vorschläge zur Reform der Finanzierung von Wahlkampagnen.....	327
2.1. Die verschiedenen Theorien und Funktionen des First Amendment.....	327
a. Das Fehlen einer historischen Interpretation der Garantie der Redefreiheit .....	328
b. Die Theorie des „marketplace of ideas“: Wahrheitsfindung durch Konfrontation aller Meinungen.....	329
c. Die Theorie der absoluten Geltung des First Amendments.....	331
d. Die liberale Theorie der Redefreiheit: Schutz der individuellen Freiheit als Zweck des First Amendments.....	332
e. Demokratische Theorien des First Amendments.....	333
aa. Schutz der Autonomie – Alexander Meiklejohn.....	334
bb. Der Staat als Freund des First Amendment – Owen Fiss.....	335
cc. New Deal der Redefreiheit: Cass R. Sunstein....	337
2.2. Übersicht über die verschiedenen Vorschläge für eine Reform der Wahlkampffinanzierung .....	337

a.	Deregulierung von Spenden .....	338
b.	Punktuelle Reformen bzw. Lückenfüllung .....	339
c.	Ablösung der privaten Finanzierung durch eine umfassende öffentliche Finanzierung .....	341
d.	Einführung von Ausgabenbegrenzungen .....	343
e.	Patriot Dollars und Blind Trusts .....	343
f.	Fazit: Warum eine Reform der Wahlkampf- finanzierung so schwierig ist .....	345
2.3.	Die Finanzierung von Abstimmungskampagnen: Die Realität und ein paar Reformvorschläge .....	345
a.	Reformen der Unterschriftensammlung – Freiwilligenbonus und öffentliche Finanzierung .....	346
b.	Reformen des Abstimmungskampfes – Offenlegungspflichten, Mitbestimmungsrechte von Aktionären und Fairness Doctrine .....	348
<b>§ 12</b>	<b>Finanzierung politischer Kampagnen in der Schweiz – Aspekte   einer Regelung de lege ferenda .....</b>	<b>350</b>
1.	Grundrechtliche Aspekte .....	351
1.1.	Grundrechtliche Unterlassungspflichten .....	353
1.2.	Grundrechtliche Leistungspflichten .....	354
1.3.	Grundrechtliche Schutzpflichten .....	357
a.	Allgemeines .....	357
b.	Grundrechtliche Schutzpflichten und politische Meinungsbildung und Willenskundgabe .....	359
1.4.	Fazit .....	360
2.	Demokratiethoretische Aspekte .....	361
2.1.	Das liberale Demokratieverständnis .....	363
a.	Klassische liberale Demokratietheorie: John Locke und John Stuart Mill .....	363
aa.	Allgemeines .....	363
bb.	John Stuart Mill und die Finanzierung von Wahlen .....	368
b.	Moderne liberal-egalitäre Demokratietheorie: John Rawls' Gerechtigkeit als Fairness .....	370
aa.	Allgemeines .....	370
bb.	John Rawls und die Finanzierung von Wahlkampagnen .....	373
c.	Moderne libertäre Demokratietheorie: Robert Nozicks Minimal- bzw. Nachtwächterstaat .....	375
aa.	Allgemeines .....	375
bb.	Robert Nozick und die Finanzierung von Wahlkampagnen .....	377

d. Fazit.....	378
2.2. Das egalitäre bzw. republikanische Demokratieverständnis .....	378
a. Theorie der radikalen Volkssouveränität: Jean-Jacques Rousseau.....	378
b. Komplexe Gleichheit: Michael Walzer .....	379
aa. Allgemeines .....	379
bb. Michael Walzer und die Finanzierung politischer Kampagnen .....	382
2.3. Das deliberative Demokratieverständnis .....	383
a. Die Grundlegung deliberativer Demokratie: Jürgen Habermas.....	384
b. Deliberative Demokratie und die Finanzierung politischer Kampagnen .....	388
3. Pragmatische Aspekte.....	389
3.1. Die Kosten von Regelungen zur Finanzierung politischer Kampagnen .....	390
a. Administrative Kosten.....	391
b. Öffentliche Finanzierung politischer Kampagnen.....	392
3.2. Die Notwendigkeit einer einfachen und nachvollziehbaren Regelung.....	392
3.3. Das Umgehungsargument.....	393
3.4. Die Sanktionsproblematik.....	393
3.5. Der Nachweis einer Beeinflussung.....	394

### § 13 Die Finanzierung politischer Kampagnen in der Schweiz

<b>de lege ferenda</b> .....	395
1. Das Demokratieverständnis als Orientierungspunkt?.....	395
2. Die Relevanz der verschiedenen Finanzierungsmodelle für die schweizerische Debatte.....	396
2.1. Die Modelle öffentlicher und nichtstaatlicher Finanzierung: Gegenseitige Bedingtheit bei unterschiedlicher Zielsetzung .....	396
2.2. Die Finanzierung politischer Kampagnen in der Schweiz: Status Quo .....	397
a. Grundsatz: Laissez-Faire und indirekte öffentliche Finanzierung.....	397
b. Ausnahmen: Die Kantone Genf, Freiburg und Tessin.....	398
2.3. Deliberative Politik als wegleitendes Verfahrensprinzip..	398
a. Deliberative Demokratie als Rahmenordnung demokratischer Legitimation.....	398

b.	Deliberative Politik und Regelungen über die Finanzierung von politischen Kampagnen .....	400
c.	Relevanz der Modelle öffentlicher Finanzierung .....	402
aa.	Keine öffentliche Finanzierung.....	402
bb.	Indirekte öffentliche Finanzierung.....	402
cc.	Partielle öffentliche Finanzierung .....	403
dd.	Vollständige öffentliche Finanzierung.....	403
ee.	Fazit .....	404
d.	Die Relevanz der Modelle privater Finanzierung.....	404
aa.	Das Laissez-Faire-Modell.....	404
bb.	Transparenz.....	404
cc.	Spenden- und Ausgabenbeschränkungen.....	404
dd.	Keine private Finanzierung.....	405
ee.	Fazit .....	405
3.	De lege ferenda: Transparenz und indirekte öffentliche Finanzierung .....	405
a.	Nichtstaatliche Finanzierung: Transparenz .....	407
aa.	Wer soll was und ab wann offenlegen? .....	407
bb.	Verfassungskonformität von Offenlegungsbestimmungen? .....	408
cc.	Ab welchem Betrag soll offengelegt werden? ...	410
dd.	Zuständige Behörde und zeitnahe Zugänglichmachung der offengelegten Gelder für die Öffentlichkeit.....	410
ee.	Offenlegung von Werbeausgaben Dritter .....	411
b.	Finanzierung durch die öffentliche Hand: Indirekte öffentliche Finanzierung.....	412
c.	Ergänzende partielle öffentliche Finanzierung? .....	412
d.	Ergänzende Einschränkungen.....	412
aa.	Verfassungskonformität von Ausgabenbeschränkungen.....	413
bb.	Verfassungskonformität von Spendenbeschränkungen.....	413
e.	Griffige Sanktionsmassnahmen .....	414
<b>Nachwort</b>	.....	<b>415</b>